



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

gegangen war, um Bekanntschaften zu machen, und der mit dem Baron gleich Freundschaft geschlossen hatte. Der Baron hatte sehr viel Interesse für Landwirtschaft. Er war vor seiner Verheiratung schon auf zwei Höfen bankrott geworden und konnte deswegen sehr gut Ratsschläge erteilen, und Herr Neumann verstand fast gar nichts von der Bewirtschaftung eines Gutes, und noch viel weniger von der Behandlung seines Wildstandes. Da war es denn gut, daß er sich gleich an den Baron wandte, der ihm mit Wonne alles sagte, was er wußte, und ihn mit sich nach Hause nahm, um ihm ein Buch über die Jagd zu leihen.

Frau von Ravenstein war im Zimmer ihres Mannes, als dieser mit dem Besuch eintrat. Sie war bei der Vorstellung sehr überrascht, faßte sich aber schnell und betrachtete nicht ohne Interesse die magre, etwas vornübergebeugte Gestalt des Jugendfreundes, den die Jahre nicht verschönt hatten. Er war noch gerade so blaß wie damals, und seine hellen Augen blickten etwas verschwommen. Seine Stimme aber klang gleichmäßig ruhig, und der starke englische Accent, den er sich angewöhnt hatte, verlieh ihr etwas angenehm fremdartiges.

Neumann regte sich ebenso wenig bei dem Wiedersehen auf. Er sprach vollständig harmlos von den alten, vergnügten Zeiten, erwähnte häufig seine zarte Gesundheit, die ihn nötige, auf dem Lande zu leben, und legte einigen Nachdruck darauf, daß seine frühere Verwundung ihm noch immer zu schaffen mache. Diese letzte Bemerkung rührte den Baron. Er war auch schleswig-holsteinischer Freiheitskämpfer gewesen, das lustige Soldatenleben hatte ihm gut gefallen, und an seine Kameraden dachte er mit großer Freundschaft. Neumann war also, von Achtundvierzig her, sein Kamerad, und daß sein Kamerad vom Kriege her noch Schmerzen hatte, that ihm sehr leid. Obgleich er sonst eigentlich niemand einlud, ihn zu besuchen, so forderte er doch Neumann dringend dazu auf, und der neue Gutsbesitzer, der sich in seinem alten Herrenhause und unter den vielen neuen Menschen ungemütlich fühlte, kam nur zu gern.

(Fortsetzung folgt)



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Etwas von Inhalt und Form unsers politischen Lebens. Margarine, Zucker, Getreidehandel, das wäre so ungefähr der gegenwärtige Inhalt unsers politischen Lebens; kaum daß die Handwerker und Krämer noch manchmal am Schluß einer Versammlung des Bundes der Landwirte ihre Stimmchen erheben und piepen: Wir sind auch noch da! Den Herrn Minister preßt jener Inhalt Angstschweiß aus. Am 24. Februar stand der Eisenbahnminister im Kreuzfeuer zwischen Ost und West; die Herren vom Rhein wollten die Staffeltarife beseitigt haben, die den Absatz von Vieh des Ostens bei ihnen erleichtern, wogegen sich natürlich die Herren aus Ostelbien tapfer wehrten. Ganz ähnliche Gefechte werden bei den österreichisch-ungarischen Ausgleichsverhandlungen geliefert; die Agrarier von Cis und die Industriellen von Trans wünschen eine Zollschranke zwischen den beiden Reichshälften zu errichten, während die Agrarier von Trans und die Industriellen von Cis für

ihre Waren freien Eingang beim Zwillingbruder fordern. Excellenz Thielen seufzte in jener Debatte: Wohin soll es kommen, wenn wir uns gegen das Ausland absperren und auch noch im Inland gegen einander! Wohin es kommen soll? Es ist ja schon dort, oder vielmehr wir sind schon da! Bekennt sich eine Regierung zum Protektionismus, so verpflichtet sie sich, jedermann seine Konkurrenten vom Leibe zu halten und dafür zu sorgen, daß jeder Gewerbetreibende so wohlfeil wie möglich einkaufen und so teuer wie möglich verkaufen könne. Hat man das erst überall im Lande begriffen, so präsentirt jeder Angehörige der produktiven Stände, wie sich heute die Unternehmern mit Vorliebe nennen, den Ministern seine Rechnung, und die mögen nun sehen, woher sie die Mittel nehmen zur Einlösung ihrer Verbindlichkeiten. Bisher sind diese produktiven Stände immer noch von Zeit zu Zeit in der Abrechnung mit den Regierungen gestört worden, bald durch die Forderungen der Arbeiter, bald durch Beratungen darüber, wie man diese lästigen Leute loswerden könne durch eine Änderung der Verfassung, der Form des politischen Lebens. Wie schön es erst werden wird, wenn dieses Ziel erreicht ist und die „Produktiven“ ganz unter sich sind, das läßt einen die steigende Erbitterung ahnen, mit der die Nationalliberalen und die Konservativen einander bekämpfen. Zwar sind beide Zuckerinteressenten, aber schließlich haben sich die nationalliberalen Fabrikanten doch darauf besonnen, daß nicht alles Zucker ist, was sie produzieren, und sie fangen ganz ernsthaft an, ihre agrarisch gesinnten Parteigenossen abzustößen. Was noch ideale Ziele verfolgt, das wird sich der am 26. Februar in Frankfurt am Main gegründeten christlich-sozialen Partei anschließen oder eine zweite neue Partei gründen müssen. Gegen Naumann hat sich die neue Stöckerpartei zwar „abgegrenzt,“ aber in den Verhandlungen traten doch zahlreiche und starke Sympathien für ihn hervor.

Die geplante Verfassungs- und Wahlrechtsänderung wird zunächst in solchen Kleinstaaten durchgeführt, die sich bisher eines liberalern Wahlsystems erfreuten als Preußen. In Anhalt und in Weimar ist sie fertig, im Königreich Sachsen dem Abschluß nahe. In Weimar erinnerte der sozialdemokratische Redner an die Zeiten Karl Augusts und Goethes, von der der neue Pharao, d. h. die Weimaraner der höhern Zensusklassen, nichts weiß. In Sachsen opponiren zwar außer der sozialdemokratischen Arbeiterschaft auch angesehenen Mitglieder der bürgerlichen Klassen gegen den Plan, und zwar nicht bloß berühmte Universitätslehrer, sondern, was schwer ins Gewicht fällt, sogar Fabrikanten, aber nach allem, was vorgefallen ist, würde der Rückzug eine so starke Beschämung der Landtagsmehrheit und der Regierung bedeuten, daß diese beiden Mächte, um ihr zu entgehen, wohl fest bleiben werden. Und ist die Sache in Sachsen fertig, dann wird man sie im Reiche in die Hand nehmen. Dort wird der Widerstand noch bedeutend heftiger werden, weil sich außer den Arbeitern noch andre sehr große Bevölkerungsgruppen und Interessentkreise in ihrem Besitzstande bedroht fühlen werden, aber — die verbündeten Regierungen haben die Macht, und so hängt die Entscheidung allein von ihrem Willen ab. Wenn dann geschehen ist, was schon so lange gedroht hat, wird den Sozialistenführern ihre Dummheit in ihrer ganzen Größe offenbar werden; haben sie doch das Unheil durch pöbelhafte Beschimpfungen der „Mordspatrioten“ im vorigen Sommer und durch ihren kindischen Antrag auf Erweiterung des bestehenden sächsischen Wahlrechts mutwillig heraufbeschworen. Geplant waren ja die Wahlrechtsänderungen schon vor diesen Schwabenstreichern, aber ohne sie würde man weit länger Zeit gebraucht haben, dafür Stimmung zu machen, und in der Politik heißt es gar oft: Zeit gewonnen, alles gewonnen. Wenn dann

der vierte Stand aus der Volksvertretung ausgesperrt sein oder nur noch eine ganz unbedeutende Zahl von Mandaten behalten haben wird, werden sich die Herren Sozialdemokraten vielleicht endlich dazu verstehen, vom hohen Pferde des unfehlbaren Marxismus herabzusteigen und als Volksfreunde, die sie doch sein wollen, mit andern aufrichtigen Volksfreunden Hand in Hand an der Besserung der sozialen Zustände innerhalb der gegenwärtigen schlechten Gesellschaftsordnung — alles Irdische ist und bleibt schlecht — zu arbeiten.

Auch an andern idealen Zielen wird es dann nicht fehlen, über die sich der Bürgerstand mit dem Arbeiterstande leicht einigen könnte, wenn sie dann auch, nach erfolgter Verkürzung der Volksrechte, freilich nur noch unter weit ungünstigern Bedingungen verfolgt werden können. Die bürgerlichen Kreise sind zwar nicht satisfaktionsfähig und haben nicht die Offizierssehre, aber so unempfindlich sind sie doch nicht, daß sie es nicht als Schmach empfinden sollten, wenn sich überall, wo zwei oder drei Bürger zu einer Unterredung versammelt sind, ein Polizist einfindet, um sie zu überwachen. In Sangerhausen hielten einige Männer zur Erörterung religiöser und historischer Fragen regelmäßige Zusammenkünfte im Hause eines Geistlichen und sind dann in eine Gastwirtschaft übergesiedelt. Kürzlich haben der Veranstalter der Zusammenkünfte und der Wirt Strafmandate bekommen; der Wirt erhob Widerspruch, ist aber vom Schöffengericht abgewiesen worden. Wollen die Herren ihre kleine Akademie aufrecht erhalten, so müssen sie jede Zusammenkunft vierundzwanzig Stunden vorher bei der Polizei anmelden und sich einen ehemaligen Unteroffizier als Aupasser und Wortentzieher gefallen lassen; und wenn sich die Gesellschaft wieder in das Haus des Geistlichen zurückzieht, wer weiß, ob ihr die Polizei nicht auch dahin nachfolgt! In Sprottau ist die an vielen Orten übliche Stadtverordnetenversammlung unter Polizeiaufsicht gestellt worden. Das selbe war schon längere Zeit vorher in einer rheinischen Stadt geschehen, deren Namen wir vergessen haben. Eine sehr verständige Entscheidung hat vor zwei Jahren der Regierungspräsident von Bitter in Dypeln gefällt, als sich der Bürgerverein eines Städtchens seines Bezirks die Polizeiaufsicht nicht wollte gefallen lassen: die Polizeiverwaltung sei zwar zur Beaufsichtigung der Versammlungen formell berechtigt gewesen; von diesem Rechte Gebrauch zu machen liege jedoch so lange kein Anlaß vor, als nicht ganz besondere Umstände dazu zwingen sollten, was bisher nicht der Fall gewesen sei und wohl auch künftig nicht der Fall sein werde. Aber was hilft uns ein verständiger und wohlmeinender Regierungspräsident? Liegt doch das Beschämende eben darin, daß die Behandlung der Bürger in dieser Beziehung von dem größern oder geringern Verstande obrigkeitlicher Personen abhängig ist, anstatt daß ihnen ein Recht geseklich gewährleistet wäre, das sich für erwachsene Menschen von selbst versteht. Was nützt es uns, daß den Deutschen heute in allen fünf Erdteilen sein *civis Romanus* sum vor ungerechten Angriffen und Beschimpfungen schützt, wenn er daheim zeitlebens ein aufsichtsbedürftiger Schulbube bleibt?

Unter diesen Umständen folgt ein großer Teil des deutschen Volks mit ängstlicher Spannung der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuchs, von deren Ausgange es abhängt, ob wir wenigstens ein erträgliches Vereinsrecht bekommen werden. Im Entwurfe wird dieses Recht teils aufs äußerste beschränkt, teils dem Belieben der Einzelstaaten anheimgegeben, und der Regierungsvertreter hat erklärt, die Annahme der Änderungsvorschläge der Kommission würde dem Bundesrate das ganze Gesetzbuch unannehmbar machen. Dieses Unglück wäre zu ertragen. Zwar die Männer, die ein gut Stück ihrer Lebensarbeit auf den Entwurf verwendet haben, würden einem Leid thun, aber das deutsche Volk würde ihm keine Thräne nach-

weinen. Wenn der gemeine Mann in Deutschland sonst keine Schmerzen hätte als die von der Vielheit und Verschiedenheit der geltenden Zivilrechte verursachten, so wäre er Adam im Paradiese. Und der Begriff des gemeinen Mannes reicht in diesem Falle sehr hoch hinauf: hat doch der Freiherr von Stumm offenerzig bekannt, daß er sich beim französischen Recht der Rheinprovinz ganz wohl fühle.

Gegen den Schluß der Woche ward uns die beruhigende Gewißheit, daß doch sogar im preußischen Abgeordnetenhause die idealen Interessen noch nicht ganz ausgestorben sind. Am 28. Februar, nach einem kurzen Geplänkel zwischen dem Polen Jazdzewski und dem Kultusminister, eröffnete Herr Bachem mit schwerem Geschütz eine konfessionelle Schlacht, deren Plan sich allmählich dermaßen verschob, daß sie mit einem leidenschaftlichen Duell zwischen dem freikonservativen von Zedlig und dem konservativen von Heydebrand schloß.

Ein Vorschlag zur Reform des Staatsschuldenwesens. Der Mittelrheinische Beamtenverein verbreitet durch das Frankfurter Journal und durch Zeitschriften an die Redaktionen einen Vorschlag zur Reform des Staatsschuldenwesens, der den Mittelstand stützen und der Macht des Großkapitals entgegenwirken soll. Das Sinken des Zinsfußes schädigt den Mittelstand oder — um dieses vieldeutige Wort zu vermeiden — die mittlern Einkommenklassen auf doppelte Weise; den einen unter den kleinen Rentnern verkürzt es das Einkommen bis zu einem Grade, daß sie in Not geraten, die andern legen ihre Spargroschen in exotischen Papieren an und setzen sich so der Gefahr aus, es zu verlieren. Zur Abhilfe wird folgendes vorgeschlagen. Der Staat (d. h. bei uns das Reich und die Einzelstaaten) scheidet seine Anleihen in inländische und ausländische. Die inländischen sind für die kleinen Rentner des Inlands bestimmt, die durch möglichst bequeme Einrichtungen aufgemuntert werden, ihr Vermögen ausschließlich darin anzulegen. Sie werden ohne Vermittlung der Banken durch Staatskassen emittirt, mit 4 Prozent verzinst, nur an Personen vergeben, die die Zinsen im Inlande verzehren (im Auslande weilende Besitzer erleiden einen Zinsenabzug), und ihre Käufer werden nur zu einem Höchstbetrag — etwa bis zu 4000 Mark jährlicher Rente — ins Staatsschuldbuch eingetragen. Die ausländische Anleihe wird so niedrig als möglich, etwa mit 3 Prozent verzinst, auf dem gewöhnlichen Wege durch Finanzleute emittirt und steht samt den ausländischen Werten den Großkapitalisten zur Verfügung. Die Ausführbarkeit des Vorschlags zu begutachten, überlassen wir den Finanzverständigen. Der Zustand, daß die kleinen Rentner beinahe ausschließlich Gläubiger des eignen Staates sind, ist in Frankreich bekanntlich längst vorhanden und in Preußen durch die Einrichtung des Staatsschuldbuchs angestrebt worden; es würde sich also nur um die Scheidung in zwei Arten von Rente handeln, über deren Möglichkeit wir, wie gesagt, das Urteil den Sachverständigen überlassen. Verständig finden wir den Vorschlag und glauben auch, daß seine Ausführung heilsam wirken würde. Die übertriebenen Erwartungen allerdings, die der Beamtenverein darauf zu setzen scheint, teilen wir nicht. Das Übel der vorherrschenden Papierwerte kann durch eine Reform zwar gemildert, aber nicht aufgehoben werden. Bei vorherrschender Naturalwirtschaft in einem Lande, wo die überwiegende Mehrzahl aus ländlichen Grundbesitzern besteht und noch Land übrig ist, bedarf man der Papierwerte nur in geringem Umfange. Der alt gewordne Bauer braucht kein Geld, sondern nur ein Ausgedinge auf dem Hofe, den der Sohn übernommen hat; die Kosten der Erziehung der Kinder werden aus dem Ertrage der Wirtschaft bestritten, und die erwachsenen Kinder werden mit Land ausgestattet. Bei uns besteht der größere Teil der Bevölkerung aus Leuten, die keinen Fuß breit Land haben. Der

Geschäftsmann, der Bitterat, der Handwerker, der sich zur Ruhe setzen will, der kleine Beamte, der zu seiner kleinen Pension einen Zuschuß braucht und seinen Kindern etwas hinterlassen möchte, sie alle sind darauf angewiesen, Ersparnisse zu machen und diese in Papierwerten anzulegen. Selbst der Bauer muß nach solchen streben, wenn er viel Kinder hat, da diese bei der herrschenden Bodenknappheit nicht alle mit Land ausgestattet werden können, und er selbst setzt sich gern als Rentner zur Ruhe, da ihm der Hof zu eng wird und dem Sohne die Auszahlung des Leibgedinges schwer fällt. Und wenn nun ein Volk so fleißig und sparsam ist wie das deutsche, so macht es alljährlich gewaltige Ersparnisse, die eine gewaltige Masse von Papierwerten erfordern. Diese alle im Inlande zu beschaffen, wäre ohne Herabdrückung des Zinses auf 2, auf 1 Prozent nicht möglich. Aktien sind wegen des schwankenden Ertrags der Industrie keine geeigneten Papiere für kleine Rentner. Eine erhebliche Vermehrung der Hypotheken würde den Grundbesitz erdrücken. Sollte aber das Anlagebedürfnis ausschließlich durch Staatsschuldscheine gedeckt werden, so müßte unsre Staatsschuld so hoch steigen wie in Frankreich, wo der Staat den Rentnern den dritten Teil oder die Hälfte der Rente, die er ihnen zahlt, in Form von Steuern wieder abnimmt. Unter diesen Umständen würde auch nach Durchführung der vorgeschlagenen Reform der Anreiz zum Erwerb unsicherer Papiere bestehen bleiben, da dem kleinen Rentner auch vier Prozent, namentlich der immer teurer werdenden Wohnungen wegen, nicht genügen.

Im einzelnen enthält der Artikel des Frankfurter Journals mehrere schiefe und falsche Bemerkungen, die durch die Unklarheit über den Begriff „Geld“ veranlaßt sind. Unter der beklagten Minderwertigkeit des Geldes wird das einermal die Billigkeit der Edelmetalle und das andremal die Billigkeit des Leihkapitals verstanden. Das sind aber zwei sehr verschiedene Dinge. Bei den Indianern des neu entdeckten Amerikas bekamen die Spanier Gold für einen Pappenstiel, aber Leihkapital gab es dort nicht, und bei uns bedarf es zur Aufnahme eine Milliardenanleihe keiner hundert Millionen in Gold. Auf diese Vermischung zweier verschiedenen Begriffe ist es zurückzuführen, daß der Verfasser u. a. glaubt, die Konvertierungen machten die Waren teurer. Warenverteuerung kann wohl durch starke Vermehrung der Edelmetallausbeute, aber niemals durch Herabsetzung des Zinsfußes bewirkt werden. Daß die Wohnungen teurer werden, hängt gar nicht mit den Geldverhältnissen zusammen, sondern kommt allein von der Vermehrung der Bevölkerung bei gleichbleibender Bodenfläche. Über die Preisveränderungen haben wir uns zur Genüge ausgesprochen. Was an Meinungsverschiedenheiten übrig bleibt, mögen die Beamtenvereine und die Herren vom Bunde der Landwirte unter einander abmachen. Die ersten klagen darüber, daß der Geldüberfluß alle Dinge teuer, die andern, daß die Geldknappheit alle Dinge wohlfeil mache, und beide — vertreten den Mittelstand.

Zur Deportationsfrage. Professor Bruck in Breslau hat in seiner Broschüre: „Fort mit den Zuchthäusern!“ (Grenzboten 1894, Heft 32, S. 286) den Ersatz unsrer zweckwidrigen Freiheitsstrafen durch die Deportation vorgeschlagen. Das Schriftchen hat allgemeines Aufsehen erregt, ist vielfach besprochen worden, und das Ergebnis war, daß seine Ansicht zwar ziemlich allgemein als richtig „im Prinzip“ anerkannt wird, daß aber die meisten Juristen und Gefängnisbeamten allerlei Bedenken gegen die Ausführbarkeit geltend machen. Diese Kritiker fertigt Bruck in einer neuen Broschüre ab: Neu-Deutschland und seine Pioniere (Breslau, Wilhelm Koebner, 1896) und sucht darin außerdem nachzuweisen, daß Deutschsüdwestafrika ein für Deutsche durchaus geeignetes Ansiedlungsgebiet sei und

nicht allein, wie man gewöhnlich sagt, als Viehweide, sondern auch als Ackerland verwertet werden könne. Die Pioniere zur Erschließung dieses Gebiets aber, die Straßen, Hafen- und Bewässerungsanlagen zu bauen hätten, haben wir: „Sie sitzen daheim in unsern Strafanstalten und machen der ehrlichen Arbeit Konkurrenz, sie essen das Brot unsrer ehrlichen Bevölkerung, ohne dieser oder sich selbst zu nützen. Im Vaterlande vergeuden wir die Kräfte, während es in unsern Kolonien an Händen fehlt.“ Natürlich müßten die Verurteilten, nachdem sie einige Jahre im Staatsdienste gearbeitet hätten, mit Land ausgestattet werden. Wie weit Brucks Ansicht über Südwestafrika zutrifft, vermögen wir nicht zu beurteilen, aber wir stimmen ihm nicht allein „im Prinzip“ bei, sondern auch darin, daß probiren über studiren geht, und daß es die höchste Zeit ist, endlich einmal einen Anfang zu machen, da der gegenwärtige Zustand schlecht hin unerträglich ist und bald unhaltbar werden wird. Auch noch aus einem andern Grunde ist es die höchste Zeit, daß durch die Ausführung dieses Planes die deutsche Einwanderung in unsre Schutzgebiete erleichtert werde. Unglaublich aber wahr! Schon ist leider „ein großer Teil besiedlungsfähigen Landes an eine kleine Zahl von Erwerbsgesellschaften, die zum Teil ihren Schwerpunkt in England haben, vergeben,“ schon wird im deutschen Kolonialkalender für 1896 vor der Einwanderung nach Südwestafrika gewarnt, wenn man nicht über ein Vermögen von 15—20 000 Mark verfüge!

Billige Reichstagsberichte. Über die Verhandlungen des Reichstags wird der deutsche Reichsbürger trotz alles Überflusses an Tageszeitungen doch recht erbärmlich unterrichtet. Vollständig bringt sie von unpolitischen Zeitungen nur der Reichsanzeiger. Dieser wird aber in weiten Kreisen nicht gelesen. Von den politischen Tagesblättern dagegen teilt fast keines die Reichstagsverhandlungen ihren Lesern wirklich vollständig mit; die überwiegende Anzahl giebt entweder überhaupt nur einen kurzen Auszug aller Reden oder bringt doch nur die vollständig, die gerade ihrem Parteistandpunkte entsprechen, während sie die Wiedergabe der Reden der Gegner so stiefmütterlich wie möglich behandelt. Da sich nun aber der Deutsche selten mehrere Zeitungen hält, noch seltner Zeitungen andrer politischen Richtungen, so kommt es, daß er eine objektive und getreue Berichterstattung über die Reichstagsverhandlungen überhaupt nicht erhält, und wenn er sie sich einmal verschaffen will, genötigt ist, womöglich soviel verschiedene Zeitungen zu lesen, als es Parteilichrichtungen im politischen Leben Deutschlands giebt. Das ist ganz unerträglich. Jeder hat Anspruch darauf, daß die Verhandlungen des Reichstags nicht nur öffentlich, sondern auch allen zugänglich sind. Da ihnen nicht jeder in Person beiwohnen kann, so muß ihm wenigstens die vollständige Berichterstattung über ihren Verlauf gegeben werden, und das wäre so leicht möglich in unserm Zeitalter der Stenographie und der Druckerpresse! Die stenographischen Berichte des Reichstags müßten von Reichs wegen unmittelbar nach den Verhandlungen in besondern Blättern gedruckt und herausgegeben werden, sodaß sie für jedermann um billiges Geld, das nur etwa die Druckkosten zu decken brauchte, zu haben wären und ebenso wie eine Zeitung bezogen werden könnten. Wir glauben, daß dann bald jede Zeitung diese Blätter ihren Abonnenten als Beilagen zukommen lassen würde. Jedenfalls wäre es aber jedem ermöglicht, sich die getreuen Berichte billig zu verschaffen. Wenn dadurch der einzelne darauf hingewiesen würde, nicht immer bloß die Reden seiner Parteimänner anzuhören, so wäre das sicher kein Schade.

Wenn sich die Regierung dieser Aufgabe nicht unterzieht, sollte sich dann nicht vielleicht ein Privatunternehmer finden und unsern Vorschlag ausführen?